

Kassel, 21. September 2011

Niederschrift

über die **6. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am Mittwoch, 14. September 2011, 16:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

- | | | |
|-----|--|------------|
| 1. | Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2012 sowie Investitionsprogramm für die Jahre 2012 bis 2015 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2015 | 101.17.131 |
| 2. | 1. Programm über notwendige Sicherheits- und Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 10. Fortschreibung
2. Programm über Neu-, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 4. Fortschreibung | 101.17.133 |
| 3. | Feststellung des Jahresabschlusses 2010 für den Kasseler Entwässerungsbetrieb -Eigenbetrieb der Stadt Kassel | 101.17.135 |
| 4. | Richtlinien für die Gewährung von Investitionszuschüssen der Stadt Kassel an freie Träger von Kindertagesstätten für Bau-, Sanierungs- und Ausstattungsmaßnahmen
Hier: zweite Änderung | 101.17.169 |
| 5. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2011;
- Kenntnisnahme Liste IX/2011 - | 101.17.172 |
| 5.1 | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 9/2011 - | 101.17.194 |
| 6. | Unterstützung der Kampagne ‚Aktiv gegen Kinderarbeit‘ | 101.17.56 |
| 7. | Neubau Freibad Wilhelmshöhe | 101.17.90 |
| 8. | Konzept zur Errichtung einer Multifunktionshalle in Kassel | 101.17.98 |
| 9. | Höhere Transparenz für mittelständische Unternehmen auf städtischer Internetseite | 101.17.100 |
| 10. | Bearbeitungszeit der Verwaltung bei Anfragen und Anträgen von Unternehmen | 101.17.101 |
| 11. | Sachstandsbericht Kasseler Bäder | 101.17.104 |
| 12. | Kosten für Kunstrasenplätze | 101.17.122 |
| 13. | Vergabep Praxis der Ausbildungsbudgets | 101.17.136 |
| 14. | Aufwand und Auswirkungen der Rathausumbauten | 101.17.137 |
| 15. | Mehrkosten Flughafenneubau Calden | 101.17.142 |
| 16. | Auswirkungen des Autobahnanschlusses für das Gewerbegebiet Sandershäuser Berg auf das Lange Feld | 101.17.170 |

17.	Sofortiger Bau-, Ausschreibungs- und Vergabestopp für den Neubau des Flughafens Kassel Calden	101.17.180
18.	Biologische, regionale und faire Bewirtschaftung und Beschaffung	101.17.181
19.	Sanierung der Freibäder Wilhelmshöhe und Harleshausen	101.17.183
20.	Zensus 2011	101.17.184
21.	Haushaltsbewirtschaftungsgrundsätze 2011	101.17.188

Vorsitzende Friedrich eröffnet die mit der Einladung vom 07.09.2011 ordnungsgemäß einberufene 6. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

- 17. Sofortiger Bau-, Ausschreibungs- und Vergabestopp für den Neubau des Flughafens Kassel Calden**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.180 -

wird von der Tagesordnung abgesetzt, da Stadtverordneter Domes die Bitte auf Überweisung des Antrages im Ältestenrat zurückgenommen hat und die Angelegenheit nun in der Tagesordnung I der Stadtverordneten-versammlung behandelt wird.

Vorsitzende Friedrich teilt mit, dass sie die Tagesordnungspunkte

- 6. Unterstützung der Kampagne „Aktiv gegen Kinderarbeit“**
Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.56 -

und

- 18. Biologische, regionale und faire Bewirtschaftung und Beschaffung**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.181 -

sowie die Tagesordnungspunkte

- 7. Neubau Freibad Wilhelmshöhe**
Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.90 -,
11. Sachstandsbericht Kasseler Bäder
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.104 -

und

- 19. Sanierung der Freibäder Wilhelmshöhe und Harleshausen**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.183 -

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufrufen wird. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

Auf Antrag von Stadtverordneten Oberbrunner werden die Tagesordnungspunkte

- 5. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2011; - Kenntnismahme Liste IX/2011 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.172 -

und

- 12. Kosten für Kunstrasenplätze**
Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.17.122 -

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um den als Tischvorlage verteilten Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 9/2011 -, 101.17.194.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst gemäß § 10 (6) der GO der Stadtverordnetenversammlung (2/3 Mehrheit) bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag des Magistrats auf Erweiterung der Tagesordnung um die Vorlage des Magistrats, betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 9/2011 -, 101.17.194, wird **zugestimmt**.

Die Vorlage wird als Tagesordnungspunkt 5.1 zur Beratung aufgerufen.

Vorsitzende Friedrich stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2012 sowie Investitionsprogramm für die Jahre 2012 bis 2015 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2015

Vorlage des Magistrats
- 101.17.131 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt
 - a) die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2012 vom 29.08.2011
 - b) das Investitionsprogramm (Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) der Stadt Kassel für die Jahre 2012 - 2015
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Ergebnis- und Finanzplanung der Stadt Kassel für die Jahre 2011 bis 2015 nach dem Stand vom 29.08.2011 Kenntnis. Der Magistrat wird beauftragt, die sich aus den Haushaltsberatungen ergebenden Änderungen in den Ergebnis- und Finanzplan einzuarbeiten.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, buchungstechnische Anpassungen des Finanzhaushaltes an dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Ergebnishaushalt vorzunehmen.
4. Der Magistrat wird ermächtigt, offenbare Unrichtigkeiten in der Zuordnung veranschlagter Haushaltsmittel sowie Schreibfehler im endgültigen Ausdruck des Haushaltsplans zu berichtigen.
5. Auf die Aufstellung von Eckwerten für den Haushaltsplan wird verzichtet.“

Vorsitzende Friedrich stellt fest, dass der TOP mit Abschluss der 1. Lesung am 13. September 2011 erledigt ist.

2. **1. Programm über notwendige Sicherheits- und Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 10. Fortschreibung**
2. Programm über Neu-, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 4. Fortschreibung
Vorlage des Magistrats
- 101.17.133 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Programm über notwendige Sicherheits- und Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 10. Fortschreibung mit einem Gesamtvolumen von 305,0 Mio € und dem Programm über Neu-, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 4. Fortschreibung mit einem Gesamtvolumen von 229,2 Mio € (beide Programme sowie die Erläuterungen dazu werden Bestandteil dieses Beschlusses) zu.“

Prof. Neukäter, Amtsleiter Hochbau und Gebäudebewirtschaftung, beantwortet die Frage von Stadtverordneten Oberbrunner, FDP-Fraktion.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne
Ablehnung: FDP
Enthaltung: CDU
Abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr.

1. Programm über notwendige Sicherheits- und Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 10. Fortschreibung
2. Programm über Neu-, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden in der 4. Fortschreibung, 101.17.133, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Hartig

3. **Feststellung des Jahresabschlusses 2010 für den Kasseler Entwässerungsbetrieb - Eigenbetrieb der Stadt Kassel**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.135 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der testierte Jahresabschluss per 31.12.2010 des Kasseler Entwässerungsbetriebes wird festgestellt. Über die Gewinnverwendung wird wie folgt entschieden:

1. Der Gewinn des Geschäftsjahres 2010 i.H.v. 4.216.597,33 Euro ist auf neue Rechnung des Jahres 2011 vorzutragen,

2. von dem Gewinnvortrag 2010 i.H.v. 1.922.245,01 Euro sind 780.000,00 Euro an die Stadt Kassel als Eigenkapitalverzinsung abzuführen und 1.142.245,01 Euro der Rücklage Abwasser zuzuführen. Der Rücklage Abscheider sind 94.534,06 Euro zu entnehmen und der Rücklage Abwasser zuzuführen.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Feststellung des Jahresabschlusses 2010 für den Kasseler Entwässerungsbetrieb -Eigenbetrieb der Stadt Kassel, 101.17.135, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Döhne

4. **Richtlinien für die Gewährung von Investitionszuschüssen der Stadt Kassel an freie Träger von Kindertagesstätten für Bau-, Sanierungs- und Ausstattungsmaßnahmen**
Hier: zweite Änderung
Vorlage des Magistrats
- 101.17.169 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, zu beschließen:

Der zweiten Änderung der „Richtlinien für die Gewährung von Investitionszuschüssen der Stadt Kassel an freie Träger von Kindertagesstätten für Bau-, Sanierungs- und Ausstattungsmaßnahmen“ in der aus der Anlage ersichtlichen Form wird zugestimmt.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Richtlinien für die Gewährung von Investitionszuschüssen der Stadt Kassel an freie Träger von Kindertagesstätten für Bau-, Sanierungs- und Ausstattungsmaßnahmen
Hier: zweite Änderung, 101.17.169, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Behschad

Die Tagesordnungspunkte 5 und 12 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

- 5. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2011; - Kenntnisnahme Liste IX/2011 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.172 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

von der in der beigefügten Liste IX/2011 gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO bewilligten
Aufwendung/Auszahlung
im Finanzhaushalt in Höhe von 50.000,00 €
Kenntnis zu nehmen.

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Vorlage des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2011; - Kenntnisnahme Liste IX/2011 -, 101.17.172, wird zur Kenntnis genommen.

- 12. Kosten für Kunstrasenplätze**
Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.17.122 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie hoch waren die Kosten für die bisher fertig gestellten Kunstrasenplätze in Kassel im Einzelnen?
2. Warum kostet der Kunstrasenplatz auf dem Daspel 700.000,- €?
3. Warum ist der Magistrat bereit, eine derart hohe Summe für einen Kunstrasenplatz aufzuwenden?
4. Gibt es für diesen und gab es für die vorher erstellten Plätze Fördermittel?
 - a) Wenn ja, von welcher Stelle und in welcher jeweiligen Höhe?
 - b) Wenn nein, warum sieht die Stadt Kassel Bedarf für Kunstrasenplätze?
5. Ist dem Magistrat bekannt, dass es Anbieter gibt, die einen Platz für ca. 340.000 € erstellen?
 - a) Wenn ja, warum hat der Magistrat dieses Angebot nicht genutzt?
 - b) Wenn nein, warum hat man vorab keine umfassenden Erkundigungen eingezogen?
6. Welche Sportplätze/Sportanlagen beabsichtigt der Magistrat zukünftig auch mit einem Kunstrasenplatz auszustatten und warum?
7. Bis zu welcher Höhe ist die Stadt bereit, dafür Geld zur Verfügung zu stellen?
8. Gehört die Ausstattung von Sportplätzen mit Kunstrasen zu den Pflichtaufgaben oder den freiwilligen Ausgaben der Stadt?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzende Friedrich erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser für erledigt.

5.1 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 9/2011 -

Vorlage des Magistrats
- 101.17.194 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt

1. die gemäß § 114 g Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 9/2011 enthaltene über- und außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen
im Finanzhaushalt in Höhe von 490.000,00 €.
2. die gemäß § 114 g Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 9/2011 enthaltene über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen
in Höhe von 285.000,00 €.

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2011; - Liste 9/2011 -, 101.17.194, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

Die Tagesordnungspunkte 6 und 18 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen und getrennt abgestimmt.

6. Unterstützung der Kampagne ‚Aktiv gegen Kinderarbeit‘

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.56 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert sicherzustellen, dass im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen in der Stadtverwaltung keine Produkte aus Kinderarbeit im Sinne des Abkommens Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingekauft bzw. eingebaut werden.
2. In diesem Zusammenhang wird der Magistrat aufgefordert, sich als eine weitere Stadt in Hessen für die Auszeichnung „Fairtrade-Town“ zu bewerben.

Im Rahmen der Diskussion ändert Stadtverordneter Oberbrunner, FDP-Fraktion, den Antrag wie folgt.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich als eine weitere Stadt in Hessen für die Auszeichnung „Fairtrade-Town“ zu bewerben.

Oberbürgermeister Hilgen erläutert die Kriterien, die erfüllt sein müssen, um die Auszeichnung als „Fairtrade-Town“ zu erhalten.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: FDP, CDU
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: --
Abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Unterstützung der Kampagne ‚Aktiv gegen Kinderarbeit‘, 101.17.56, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Geselle

18. Biologische, regionale und faire Bewirtschaftung und Beschaffung
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.181 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir bitten den Magistrat sich dafür einzusetzen, dass bei der Beschaffung und Bewirtschaftung – soweit zulässig – die Kriterien

1. regional
2. biologisch
3. fair

berücksichtigt werden. Die Fair Trade-Bewegung ist zu unterstützen, da sie neben dem fairen Handel auch darauf achtet, dass die Produkte ohne Kinderarbeit gefertigt werden.

Maßnahmen, die der Stadt den Titel „Fair Trade Town“ verleihen würden unter besonderer Berücksichtigung und zusätzlicher Unterstützung regionaler Anbieter und biologischem Anbau sollen das Ziel sein.

Stadtverordnete Lipschik, B90/Grüne, begründet den gemeinsamen Antrag. Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr.
Biologische, regionale und faire Bewirtschaftung und Beschaffung, 101.17.181, wird
zugestimmt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Geselle

Die Tagesordnungspunkte 7, 11 und 19 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen und getrennt abgestimmt.

7. Neubau Freibad Wilhelmshöhe

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.90 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, für einen Neubau des Freibades Wilhelmshöhe einen Architektenwettbewerb auszuschreiben. Dabei ist für den Bau eine finanzielle Obergrenze von ca. 3,5 Mio € bis höchstens 4 Mio € zu beachten.

Das Wettbewerbsergebnis ist im Ausschuss vorzustellen und zu beschließen.

Stadtverordneter Oberbrunner, FDP-Fraktion, begründet den Antrag.
Im Rahmen der Diskussion zieht er den Antrag für seine Fraktion zurück.

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

11. Sachstandsbericht Kasseler Bäder

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.104 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in jeder Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen über den Sachstand bezüglich der Kasseler Bäder zu berichten.

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder. Er gibt einen kurzen Sachstandsbericht und beantwortet die Nachfragen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der CDU-Fraktion betr. Sachstandsbericht Kasseler Bäder, 101.17.104,
wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Rönz

19. Sanierung der Freibäder Wilhelmshöhe und Harleshausen Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne - 101.17.183 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt, dass das dezentrale Sportangebot in Kassel von hoher Bedeutung ist. Daher favorisiert die Stadtverordnetenversammlung die Sanierung der Freibäder Wilhelmshöhe und Harleshausen.
2. Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen führt als nächsten Schritt zeitnah eine Sitzung zur Anhörung von Experten und sachkundigen Bürgern durch, in der sowohl die Anforderungen der NutzerInnengruppen als auch die bestehenden Planungen erörtert werden.

Als TeilnehmerInnen dieser Sitzung sollen zumindest eingeladen werden: ein/e Vertreter/in der Städtischen Werke AG, eine/e Vertreter der Constrata Ingenieur-Gesellschaft mbH, ein/e Kasseler Architekt/in, ein/e Sportwissenschaftler/in, ein/e Vertreterin des Fachbereiches ASL der Universität Kassel, ein/e Vertreter/in des Denkmalschutzes.

Dem Gesprächswunsch interessierter Bürgerinnen und Bürger soll bei der Anhörung in angemessenen Umfang entsprochen werden.

Verantwortlich für die Organisation und Durchführung dieser Sitzung ist die Vorsitzende des Ausschusses.

3. Eine Kinder- und Jugendbeteiligung zur inhaltlichen Ausgestaltung ist umgehend zu starten.
4. In jeder Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen ist über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet im Rahmen einer regen Diskussion die Fragen der Ausschussmitglieder.

Stadtverordneter Dr. Wett, CDU-Fraktion, bringt folgenden Änderungsantrag ein und begründet ihn.

➤ **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antrag ist wie folgt zu ergänzen:

1.Wilhelmshöhe und Harleshausen. **Der Magistrat wird aufgefordert, mit den Planungen für die Sanierung des Freibades Harleshausen schnellstmöglich zu beginnen.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: Kasseler Linke

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion betr. Sanierung der Freibäder Wilhelmshöhe und Harleshausen, 101.17.183, wird **zugestimmt**.

➤ **Durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderter gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne**

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt, dass das dezentrale Sportangebot in Kassel von hoher Bedeutung ist. Daher favorisiert die Stadtverordnetenversammlung die Sanierung der Freibäder Wilhelmshöhe und Harleshausen. **Der Magistrat wird aufgefordert, mit den Planungen für die Sanierung des Freibades Harleshausen schnellstmöglich zu beginnen.**
2. Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen führt als nächsten Schritt zeitnah eine Sitzung zur Anhörung von Experten und sachkundigen Bürgern durch, in der sowohl die Anforderungen der NutzerInnengruppen als auch die bestehenden Planungen erörtert werden.

Als TeilnehmerInnen dieser Sitzung sollen zumindest eingeladen werden: ein/e Vertreter/in der Städtischen Werke AG, eine/e Vertreter der Constrata Ingenieur-Gesellschaft mbH, ein/e Kasseler Architekt/in, ein/e Sportwissenschaftler/in, ein/e Vertreterin des Fachbereiches ASL der Universität Kassel, ein/e Vertreter/in des Denkmalschutzes.

Dem Gesprächswunsch interessierter Bürgerinnen und Bürger soll bei der Anhörung in angemessenem Umfang entsprochen werden.

Verantwortlich für die Organisation und Durchführung dieser Sitzung ist die Vorsitzende des Ausschusses.

3. Eine Kinder- und Jugendbeteiligung zur inhaltlichen Ausgestaltung ist umgehend zu starten.
4. In jeder Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen ist über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Sanierung der Freibäder Wilhelmshöhe und Harleshausen, 101.17.183, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Rönz

8. Konzept zur Errichtung einer Multifunktionshalle in Kassel Antrag der CDU-Fraktion - 101.17.98 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, schnellstmöglich ein Konzept zur Errichtung einer Multifunktionshalle in Kassel vorzulegen. Dieses Konzept soll auch einen Zeitplan für die Umsetzung des Projekts sowie einen Vorschlag zur Finanzierung beinhalten.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: CDU
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, FDP
Enthaltung: --
Abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Konzept zur Errichtung einer Multifunktionshalle in Kassel, 101.17.98, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Lewandowski

9. Höhere Transparenz für mittelständische Unternehmen auf städtischer Internetseite
Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.100 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert auf der städtischen Internetseite <http://www.stadt-kassel.de/cms06/dienstleistungen/070371/index.html> folgende Änderungen vorzunehmen:

Die Sätze

„Der Gewerbesteuer-Hebesatz der Stadt Kassel beträgt aktuell 440 vom Hundert. Die Gewerbesteuer errechnet sich aus der Multiplikation des Gewerbesteuer-messbetrages mit dem Hebesatz, der von der hebeberechtigten Gemeinde zu bestimmen ist“

sollen sofort nach der Überschrift „Beschreibung der Leistung“ eingefügt werden.

Weiterhin sollte sichergestellt werden, dass bei der Eingabe der Suchbegriffe („Gewerbesteuer und Hebesatz“ an zweiter Stelle der Trefferliste eine Verlinkung zum Firmenservice „Gewerbesteuer“ (<http://www.stadt-kassel.de/cms06/dienstleistungen/070371/index.html>) angezeigt wird.

Stadtverordneter Oberbrunner, FDP-Fraktion, begründet den Antrag. Oberbürgermeister Hilgen gibt eine Stellungnahme ab. Er teilt mit, dass auf den Internetseiten der Stadt Kassel alle relevanten Daten zu finden sind. Im Rahmen der Diskussion zieht Stadtverordneter Oberbrunner den Antrag zurück.

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

10. Bearbeitungszeit der Verwaltung bei Anfragen und Anträgen von Unternehmen
Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.17.101 -

Anfrage

Mit den folgenden Fragen möchten wir den heutigen Bearbeitungsstand in unserer Verwaltung wissen. Ziel ist es, dass mittelständische und kleine Unternehmen durch die Bearbeitungszeit sicher planen können und damit auch eine finanzielle Sicherheit gegeben ist.

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist die Bearbeitungszeit für eine Flächenanfrage innerhalb von 5 Arbeitstagen möglich?
 - a) Wenn nein, warum nicht und wie lang ist die Bearbeitungszeit?
2. Liegt die Bearbeitungszeit eines gewerblichen Bauvorhabens (Baugenehmigungsantrag) unter 40 Arbeitstagen?
 - a) Wenn ja, bei wie viel Arbeitstagen liegt die Zeit?
 - b) Wenn nein, warum nicht und bei wie viel Arbeitstagen liegt die Zeit?
3. Erhält ein Unternehmen auf einen gestellten Antrag oder eine gestellte Anfrage innerhalb von 7 Arbeitstagen eine Eingangsbestätigung mit Nennung der Kontaktdaten des Ansprechpartners und der Information über die Dauer der voraussichtlichen Bearbeitungszeit?
 - a) Wenn nein, warum nicht und nach wie viel Tagen erfolgt die Bestätigung?

4. Ist eine Besprechung durch die Mitarbeiter der Verwaltung in den Unternehmen innerhalb von 5 Tagen möglich?
 - a) Wenn nein, warum nicht?
5. Liegt die Bearbeitungszeit von Auftragsrechnungen an Unternehmen unter 15 Arbeitstagen, wenn kein anderes Zahlungsziel vereinbart wurde?
 - a) Wenn nein, wie lange ist die Bearbeitungszeit?
6. Ist eine Beschwerde von einem Betrieb innerhalb von 3 Arbeitstagen bearbeitet?
 - a) Wenn nein, wie lange ist die Bearbeitungszeit?

Stadtkämmerer Dr. Barthel gibt eine kurze Stellungnahme zu dem Thema ab und sagt die schriftliche Beantwortung der Anfrage zum Protokoll zu.

Vorsitzende Friedrich erklärt die Anfrage nach schriftlicher Beantwortung durch Stadtkämmerer Dr. Barthel für erledigt.

13. Vergabepaxis der Ausbildungsbudgets

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.136 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird aufgefordert, über die Vergabepaxis der Ausbildungsbudgets zu berichten und das Konzept zur Vergabe der Ausbildungsbudgets vorzulegen. Folgende Fragen bitten wir zu berücksichtigen:

1. Welche Maßnahmen sollen ab 2012 aus den Mitteln des Kommunalen Ausbildungsbudgets finanziert werden?
2. Nach welchen Kriterien werden diese Maßnahmen ausgewählt?
3. Inwieweit werden regionale Akteure, insbesondere Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger, in die Strategieentwicklung und die Umsetzung mit eingebunden?
4. Wie wird die Vergabe durchgeführt?

Stadtverordnete Lipschik, Fraktion B90/Grüne, begründet den gemeinsamen Antrag. Stadtkämmerer Dr. Barthel berichtet wie im gemeinsamen Antrag gefordert, schon in der heutigen Sitzung über die Vergabepaxis der Ausbildungsbudgets. Im Anschluss beantwortet er die Nachfragen der Ausschussmitglieder. Er sagt die schriftliche Beantwortung zum Protokoll zu.

Vorsitzende Friedrich erklärt mit der Berichterstattung von Stadtkämmerer Dr. Barthel den Antrag für erledigt.

14. Aufwand und Auswirkungen der Rathausumbauten

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.137 -

Da heute kein Vertreter der Fraktion Kasseler Linke anwesend ist, erfolgt kein Aufruf. Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

15. Mehrkosten Flughafenneubau Calden

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.142 -

Da heute kein Vertreter der Fraktion Kasseler Linke anwesend ist, erfolgt kein Aufruf. Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

16. Auswirkungen des Autobahnanschlusses für das Gewerbegebiet Sandershäuser Berg auf das Lange Feld

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.170 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Welche Auswirkungen haben der für das Gewerbegebiet Sandershäuser Berg genehmigte Autobahnanschluss sowie die interkommunale Vermarktung dieses Gewerbegebietes auf eine Erschließung des Langen Feldes als Gewerbegebiet?

Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzende Friedrich erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen für erledigt.

17. Sofortiger Bau-, Ausschreibungs- und Vergabestopp für den Neubau des Flughafens Kassel Calden

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.180 -

Abgesetzt

20. Zensus 2011

Anfrage des Stadtverordneten Bayer, Piraten

- 101.17.184 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat

1. Wie verläuft der Zensus 2011 in der Stadt Kassel?

2. Wie hoch sind die bisherigen Rücklaufquoten?

3. Wie viele Interviewer hat die Stadt bisher eingesetzt?
4. Wie viele Stunden wurden für den Zensus bisher geleistet und wie hoch sind die bisher angefallenen Kosten dafür?
5. Wie viele Beschwerden über den Zensus gibt es und in welcher Form geht die Stadt darauf ein?
6. Welche Rücklaufquote ist das Ziel des Zensus und wann sollen die Befragungen abgeschlossen werden?

Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Anfrage und die Nachfragen der Ausschussmitglieder. Er sagt die schriftliche Beantwortung der Anfrage zum Protokoll zu.

Vorsitzende Friedrich erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen für erledigt.

21. Haushaltsbewirtschaftungsgrundsätze 2011

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.188 -

Da heute kein Vertreter der Fraktion Kasseler Linke anwesend ist, erfolgt kein Aufruf. Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

Petra Friedrich
Vorsitzende

Nicole Schmidt
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 6. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen am
Mittwoch, 14. September 2011, 16:00 Uhr
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Mitglieder

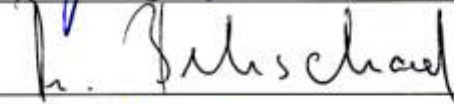
Petra Friedrich, SPD
Vorsitzende



Gernot Rönz, B90 / Grüne
1. stellvertretender Vorsitzender



Dr. Maik Behschad, CDU
2. stellvertretender Vorsitzender



Anke Bergmann, SPD
Mitglied




Wolfgang Decker MdL, SPD
Mitglied



Uwe Frankenberger MdL, SPD
Mitglied



Christian Geselle, SPD
Mitglied



Hermann Hartig, SPD
Mitglied



Dr. Günther Schnell, SPD
Mitglied



Dirk Döhne, B90 / Grüne
Mitglied



Ruth Fürsch, B90 / Grüne
Mitglied

 n.v. Kujatovic

Thomas Koch, B90 / Grüne
Mitglied



Anja Lipschik, B90 / Grüne
Mitglied




Bernd-Peter Doose, CDU
Mitglied



Georg Lewandowski, CDU
Mitglied



Dr. Norbert Wett, CDU
Mitglied



Kai Boeddinghaus, Kasseler Linke
Mitglied

entschuldigt


Frank Oberbrunner, FDP
Mitglied

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Piraten
Stadtverordneter

Jörg-Peter Bayer


Bernd Wolfgang Häfner, Freie Wähler
Stadtverordneter

Olaf Petersen, Piraten
Stadtverordneter

Izzet Pehlivan,
Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

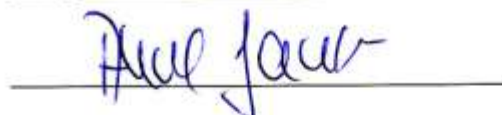
Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister



Jürgen Kaiser, SPD
Bürgermeister

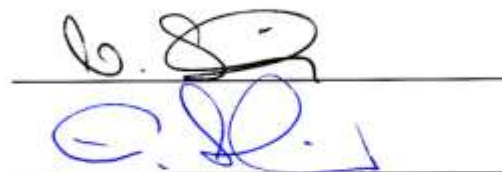
Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

Anne Janz, B90 / Grüne
Stadträtin

Anne Janz


Schriftführung

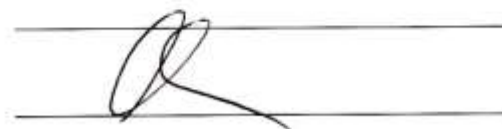
Nicole Schmidt,
Schriftführerin



Edith Schneider,
-16-

Verwaltung und andere Teilnehmer

Hecklerich -20-
Säpfe-Klinges -20-
Schlopp -650-



NEUKÄTFR

Zodenbach -60-

G. Steinbach -40-

J. Oglebrenik -51-

J. H. i.

Zodenbach

Steinbach

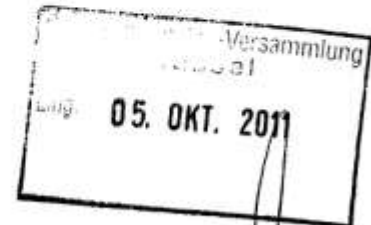
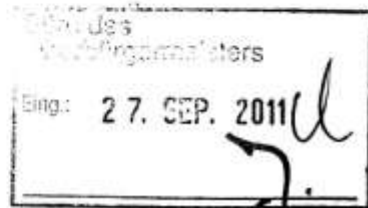
Oglebrenik

Zu TOP 10

- VI -

Kassel, 23. September 2011
☎ 12 80

- 16 - über - I -



Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 14.09.2011
TOP 10 - Bearbeitungszeit der Verwaltung bei Anfragen und Anträgen von Unternehmen
Anfrage der FDP-Fraktion, Vorlage-Nr. 101.17.101

Wie in der Sitzung zugesagt, übersende ich die schriftliche Beantwortung der vorgenannten Anfrage mit der Bitte um Weiterleitung an die Ausschussmitglieder.

Dr. Jürgen Barthel
Stadtkämmerer

Anlage

Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Bearbeitungszeit der Verwaltung bei Anfragen und Anträgen von Unternehmen“, Vorlage-Nr. 101.17.101

Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 14.09.2011

Frage 1: Ist die Bearbeitungszeit für eine Flächenanfrage innerhalb von 5 Arbeitstagen möglich?
a) Wenn nein, warum nicht und wie lang ist die Bearbeitungszeit?

Antwort: Anfragen zum aktuellen städtischen Baulandangebot (Wohnen und Gewerbe) werden vom Liegenschaftsamt umgehend, d. h. in weniger als 5 Tagen, beantwortet. Sofern zur Bearbeitung von Anträgen Dritter zum übrigen Grundstückseigentum der Stadt Kassel Stellungnahmen anderer Ämter bzw. Institutionen (z. B. Städtische Werke AG und Telekom) erforderlich sind, fallen längere Bearbeitungszeiten an.

Frage 2: Liegt die Bearbeitungszeit eines gewerblichen Bauvorhabens (Baugenehmigungsantrag) unter 40 Arbeitstagen?

- a) Wenn ja, bei wie viel Arbeitstagen liegt die Zeit?
b) Wenn nein, warum nicht und bei wie viel Arbeitstagen liegt die Zeit?

Antwort: Die durchschnittliche Bearbeitungszeit bei Baugenehmigungsverfahren liegt unter 40 Arbeitstagen. Jedoch kann aufgrund der unterschiedlichen Komplexität der einzelnen Bauvorhaben im Einzelfall nicht prognostiziert werden, wie lange die Verfahrensdauer ist. Erfahrungsgemäß werden längere Verfahrenszeiten beeinflusst durch die notwendige Vervollständigung von Bauantragsunterlagen sowie Beauftragung von sonstigen Sonderfachleuten wie z. B. Brandschutzsachverständigen.

Frage 3: Erhält ein Unternehmen auf einen gestellten Antrag oder eine gestellte Anfrage innerhalb von 7 Arbeitstagen eine Eingangsbestätigung mit Nennung der Kontaktdaten des Ansprechpartners und der Information über die Dauer der voraussichtlichen Bearbeitungszeit?

- a) Wenn nein, warum nicht und nach wie viel Tagen erfolgt die Bestätigung?

Antwort: Grundsätzlich wird entsprechend den Regelungen der allgemeinen Dienst- und Geschäftsweisung der Stadt Kassel Antragstellern eine Zwischennachricht (fernmündlich oder schriftlich) erteilt, wenn eine Anfrage oder ein Antrag nicht innerhalb von zwei Wochen bearbeitet werden kann. Diese Zwischennachricht bzw. Eingangsbestätigung mit Nennung der Kontaktdaten des Ansprechpartners und Information über die Dauer der voraussichtlichen Bearbeitungszeit erfolgt in der Regel innerhalb von 7 Arbeitstagen.

Frage 4: Ist eine Besprechung durch die Mitarbeiter der Verwaltung in den Unternehmen innerhalb von 5 Tagen möglich?

a) Wenn nein, warum nicht?

Antwort: Falls erforderlich, werden Besprechungen kurzfristig angeboten bzw. vereinbart.

Frage 5: Liegt die Bearbeitungszeit von Auftragsrechnungen an Unternehmen unter 15 Arbeitstagen, wenn kein anderes Zahlungsziel vereinbart wurde?

a) Wenn nein, wie lange ist die Bearbeitungszeit?

Antwort: Grundsätzlich werden Rechnungen umgehend bearbeitet und innerhalb der nach VOB vorgegebenen Fristen die Zahlungen geleistet.

Frage 6: Ist eine Beschwerde von einem Betrieb innerhalb von 3 Arbeitstagen bearbeitet?

a) Wenn nein, wie lange ist die Bearbeitungszeit?

Antwort: Hier ist eine allgemeine Antwort nicht möglich, da die Bearbeitungszeit jeweils vom Umfang des Vorgangs abhängt. In der Regel werden Beschwerden jedoch unverzüglich bearbeitet.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die Bearbeitungszeit von Anträgen und Eingaben entscheidend von der Vollständigkeit und Qualität der eingereichten Unterlagen bzw. Informationen abhängig ist. Die Verwaltung ist bemüht, die entsprechend ihrer Personalressourcen kurzmöglichste Verfahrenszeitdauer zu erreichen.



Dr. Jürgen Barthel
Stadtkämmerer

Zu TOP 13

-502-

Herr Strotmann
Tel. 5061865-10
15. August 2011

An -II-

 7.10.11

über

-50-

**Stellungnahme zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/
Grüne zur Vergabep Praxis der Ausbildungsbudgets
Vorlagen Nr.: 101.17.136 vom 08. August 2011**

1. Welche Maßnahmen sollen ab 2012 aus den Mitteln des Kommunalen Ausbildungsbudgets finanziert werden?

Oberste Priorität bei der Umsetzung des Budgets hat auch nach ausdrücklicher Äußerung des Landes die Unterstützung benachteiligter junger Menschen durch Beratung, Begleitung, Stützunterricht usw. im ersten Ausbildungsmarkt. Darüber hinaus prüft die Stadt, wie das Budget zur Schaffung zusätzlicher städtischer Ausbildungsplätze genutzt werden kann. Erst wenn diese Prioritäten abgearbeitet sind, wird die Einrichtung zusätzlicher Ausbildungs- / Qualifizierungs- / Berufsvorbereitungsplätze bei Dritten geprüft.

Mit dem Budget von 414.000 € können in 2011 11 Ausbildungs- und 25 Berufsvorbereitungsplätze finanziell unterstützt werden.

Im Moment ist absolut unklar, für welche Zielgruppe mit welcher Zielsetzung ein Ausbildungsbudget 2012 umgesetzt werden soll. Weiterhin ist unklar, welches Finanzbudget vom Land zur Verfügung gestellt wird und in welchem Umfang eine komplementäre Finanzierung erforderlich / möglich ist.

Durch die zu befürchtenden weiteren Kürzungen des Eingliederungstitels beim Jobcenter Kassel-Stadt und wegen des weiterhin defizitären städtischen Haushaltes wird es nur sehr geringe Möglichkeiten der Kofinanzierung geben.

Die Einwerbung von Drittmitteln, z.B. der EU, kann erst erfolgen, wenn Klarheit über das Basisbudget besteht. Anträge beim ESF sind „ergebnisoffen“.

Die Erfahrungen 2011 haben gezeigt, dass das ursprünglich in Aussicht gestellte Budget ohne Vorankündigung Mitte April um 40% gekürzt wurde. Der aktuell vorliegende Vorabbescheid ermöglicht keine rechtsverbindliche Budgetplanung. Wir müssen mit der abschließenden verbindlichen Budgetumsetzung warten, bis ein endgültiger Bewilligungsbescheid vorliegt.

Für 2012 ist zu befürchten, dass wir erst gegen Jahresmitte, also sehr kurzfristig vor Ausbildungsbeginn, über verlässliche Planungsdaten verfügen. Das Rechtsamt hat empfohlen, dass erst nach Vorlage eines verbindlichen Bewilligungsbescheides Vergabe- und Verteilungsverfahren durchgeführt werden sollen.

2. Nach welchen Kriterien werden diese Maßnahmen ausgewählt?

Neben dem zur Verfügung stehenden Budget mit den oben genannten Prioritäten sind die für 2012 geltenden Umsetzungsrichtlinien sowie Planungsvorgaben des Landes Hessen ausschlaggebend. Weiterhin sind die zu erwartenden Integrationschancen in Erwerbsarbeit wichtige Eckpunkte für die Kriterienentwicklung. Wenn 2012 erneut benachteiligte junge Menschen, die Leistungen nach dem SGB II, SGB III, SGB VIII, SGB IX und oder nach dem SGB XII erhalten, besonders berücksichtigt werden, so ist für die Bedarfsermittlung die Einschätzung der Agentur für Arbeit, des Jobcenters Kassel-Stadt und des städtischen Jugend- und Sozialamtes von hoher Bedeutung.

3. Inwieweit werden regionale Akteure, insbesondere Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger, in die Strategieentwicklung und die Umsetzung mit eingebunden?

Wenn Klarheit über die Rahmenbedingungen (Finanzvolumen, Zielsetzung, Zielgruppe, Umsetzungsrichtlinien) besteht und wenn ein Konzept der Verwaltung vorliegt, werden die regionalen Akteure am Arbeitsmarkt unter Berücksichtigung der oben genannten Prioritäten einbezogen.

Ausbildungs- und Beschäftigungsträger sind Akteure am Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Sie leisten eine wertvolle Arbeit, ihnen kommt aber keine Sonderrolle bei der Strategieplanung für die Budgetumsetzung zu.

4. Wie wird die Vergabe durchgeführt?

Grundlage für die Verteilung des Ausbildungsbudgets ist das Umsetzungskonzept für 2012 sowie die Landesrichtlinien, die vermutlich erneut die Einhaltung des Vergaberechts vorsehen. Die Einhaltung des Vergaberechts birgt erhebliche rechtliche und finanzielle Risiken für die Stadt.

Im Auftrag

Gez. Peter Strotmann

**Info an - I - / Anfrage der Piratenpartei zum Zensus 2011
Vorlage Nr. 101.17.184**

1119
7.



Von Seiten des Stadtverordneten Jörg-Peter Bayer wurden folgende Fragen an den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen bezüglich der Arbeit der Erhebungsstelle der Stadt Kassel zur Durchführung des Zensus 2011 gestellt.

1. Wie verläuft der Zensus 2011 in der Stadt Kassel?

Bezüglich der Arbeitsabläufe innerhalb der Organisation der Erhebungsstelle der Stadt Kassel bestehen keine Probleme. Die Befragung der auskunftspflichtigen Bürger wurde im August 2011 abgeschlossen. Die Mitarbeiter der Erhebungsstelle befassen sich aktuell mit der Datenerfassung von Erhebungslisten und Fragebögen und der Mahnwesen. Ein weiterer Erhebungsteil des Zensus 2011 wird sich im Herbst/Winter 2011 anschließen. Dieser befasst sich mit der Klärung von Unstimmigkeiten bei der Gebäude- und Wohnungszählung.

2. Wie hoch sind die bisherigen Rücklaufquoten?

Die Befragungen sind in allen Erhebungsbezirken abgeschlossen. Auskunftspflichtig sind ca. 10.650 Kasseler Bürger.

- Von den bereits im System registrierten Erhebungsbezirken ist ein Fragebogenrücklauf von ca. 81% zu verzeichnen
- Bei 319 Haushalten und/oder Personen wurde bislang die 1. Mahnstufe eingeleitet.
- Bei 158 Haushalten und/oder Personen wurde bereits die 2. Mahnstufe eingeleitet.
- Ein Zwangsgeld wurde bislang noch nicht festgesetzt.

Die Angaben entsprechen dem Stand vom 8. September 2011. Die endgültige Rücklaufquote wird höher liegen, da noch nicht alle Rückläufe im System erfasst sind.

3. Wie viele Interviewer hat die Stadt bisher eingesetzt?

Ca. 130 Interviewer kamen zum Einsatz, vorwiegend Rentner und Studenten.



4. Wie viele Stunden wurden für den Zensus bisher geleistet und wie hoch sind die bisher angefallenen Kosten dafür?

Aus der Kosten- und Leistungsrechnung ergibt sich für den Zeitraum der Einrichtung der Erhebungsstelle vom 1. Juni 2010 bis einschließlich August 2011 ein Arbeitsstundenanfall von 3004,7 Stunden (einschließlich Urlaubs- und Krankheitszeiten). Eine kostenmäßige Bewertung dieser Arbeitsstunden anhand der Arbeitsplatzkostentabelle ergibt einen Betrag in Höhe von 110.678,18 €. Die Berechnung ist in der Anlage beigefügt. Bisher wurde für den Zensus kein zusätzliches Personal eingestellt; die Erhebungsstelle wurde mit bereits vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt.

Die bis heute ausgezahlten Aufwandsentschädigungen für die Interviewer belaufen sich auf ca. 84.000 €.

Die Verordnung des Landes Hessen sieht bisher eine Kostenerstattung in Höhe von 246.453 € für Personal- und Sachkosten vor. Der erste Abschlag war am 1. April 2011 fällig und wurde pünktlich entrichtet.

5. Wie viele Beschwerden über den Zensus 2011 gibt es und in welcher Form geht die Stadt darauf ein?

Es gibt sehr wenige Beschwerden. Diese erfolgen meist telefonisch und sind in der Regel im Gespräch zu klären. Oft handelt es sich bei auftretenden Problemen um lückenhafte oder falsche Informationen über den Zensus.

In einem Fall gab es einen längeren Schriftverkehr, der jetzt aber direkt beim Hessischen Statistischen Landesamt weiter geführt wird.

6. Welche Rücklaufquote ist das Ziel des Zensus und wann sollen die Befragungen abgeschlossen werden?

Ziel ist natürlich eine Rücklaufquote von 100%. Die Befragungen durch Interviewer wurden am 31.08.2011 abgeschlossen. Aktuell werden noch Fragebögen im Rahmen des Mahnwesens verschickt. Zum jetzigen Zeitpunkt sind ca. 81 % der verteilten Fragebögen im Datensystem registriert worden.


Dr. Joachim Benedix

Anlage

Berechnung des bisher eingesetzten Personalaufwandes

Bisheriger Personaleinsatz für Zensus (bis 31.August)

Funktion	Name	von	bis	Monate	Std/Monat	Std insgesamt*	BesGr / EG	Personal-kosten/Std**	Personal-kosten insgesamt
Leitung Erhebungsstelle	Kranert	Jan 11	Aug 11	8	144,8	1158,4	A11	41,86	12.005,45 €
Leitung Erhebungsstelle	Kranert	Jan 11	Aug 11	8	144,8	1158,4	A11	41,86	48.490,62 €
Stellvertretende Leitung Erhebungsstelle	Ruhland	Jan 11	Jun 11	6	144,8	868,8	A10	37,31	32.414,93 €
Stellvertretende Leitung Erhebungsstelle	Henkel	Jul 11	Aug 11	2	144,8	289,6	A6	21,31	6.171,38 €
Erfassung	Krawietz	Jun 11	Aug 11	3	133,7	401,1	EG8	28,91	11.595,80 €
Summe				3	133,7	3004,7			110.678,18 €

* einschl. Urlaubs- und Krankheitszeiten

** nach Arbeitsplatzkostentabelle 2010